

Antrag der JUSO-Hochschulgruppe

Das Studentenparlament möge beschließen:

1. Auf der Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten wurde ein Entwurf diskutiert, der die Vorstellungen der Hochschulbürokratie in FFM in Bezug auf die Organe der Studentenschaft konkretisiert.

Unter anderem wurde abschließend gefordert:

- aus dem Aufgabenkatalog der verfaßten Studentenschaft wird die Aufgabe der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins gestrichen mit der Begründung, daß damit verhindert werde, daß die Studentenschaft unter Berufung auf diese Regelung das politische Mandat wahrnehme
- der Präsident der Universität als Rechtsaufsichtsbehörde bei ungesetzlichen Handeln der Organe der verfaßten Studentenschaft über studentische Gelder verfügen kann
- der Präsident kann gewählte Studentenvertreter absetzen und durch einen Staatskommissar ersetzen
- die Studentenvertreter werden mit ihrem Privatvermögen für die Handlungen während ihrer Amtszeit haftbar gemacht
- die Zwangsmitgliedschaft in der Studentenschaft wird aufgehoben unter Beibehaltung der Rechtsaufsicht des Kultusministers über die Studentenschaft

Das Studentenparlament der THD verurteilt entschieden diese Vorschläge, die darauf abzielen, die Handlungsmöglichkeit studentischer Organe stark zu beschneiden.

Diese Angriffe werden in einer Situation geplant, in der immer mehr Studentenschaften gegen die Durchsetzung des HRC, gegen Sparprogramme an den Hochschulen und gegen den Abbau demokratischer Rechte aktiv werden. In der Organisierung eines einheitlichen Widerstandes gegen diese Maßnahmen leisten die studentischen Organe einen zentralen Beitrag. Deswegen stehen sie bereits seit längerer Zeit in Kreuzfeuer der Angriffe (Geldstrafen, Amtsenthebung)

Doch nicht nur an der Hochschule werden Aktionen zur Verteidigung sozialer und politischer Rechte kriminalisiert: gegen streikende Drucker ~~WERKEN~~ wird Polizei eingesetzt, Streikposten erhalten hohe Geldstrafen. Die Unternehmer rufen nach dem "Starken Staat", der für "Ordnung" sorgen soll. Sie fordern Berufsverbote, Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften (Verbändegesetz), Beschneidung des Demonstrationsrechts und Abbau der Rechte von Strafverteidigern und Angeklagten (Anti-Terror-Gesetzesentwürfe)

Das Studentenparlament fordert den AStA daher auf, die Verteidigung der Organe der Studentenschaft zu einem Schwerpunkt der Aktionstage im Sommersemester und des bundesweiten Streiks im Wintersemester zu machen. Der AStA wird weiterhin aufgefordert, im Rahmen dieser Aktionen gemeinsame Veranstaltungen mit den Gewerkschaften gegen den Abbau demokratischer Rechte anzustreben.

Antrag der Juso-Hochschulgruppe

Eine wichtige Perspektive im Kampf der Studenten für ihre Forderungen:

- Rücknahme des HRG
- keine Anpassung der Landeshochschulgesetze an das HRG
- freier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle
- qualifizierte und materiell abgesicherte Ausbildung für alle
- freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an Schule, Hochschule und Betrieb

sind bundesweite Kampfmaßnahmen. Zur Vorbereitung der bundesweiten Aktionen im kommenden Wintersemester unterstützt der AstA die Bildung ~~z~~ eines Streikkomitees an der TH. Dieses Komitee soll noch im SS 77 aus Delegierten aus den einzelnen Fachbereichen gebildet werden; es hat die Aufgabe, die Erfahrungen der Darmstädter Streiks aufzuarbeiten und eine Aktionsplattform für das WS vorzubereiten. Das Streikkomitee arbeitet in engem Zusammenhang mit Fachschaftsvertreterplenum und dem AstA.

Darüberhinaus fordert der AstA die Fachbereiche auf zur Organisierung von Aktionstagen noch im SS zu Problemen der Studien- und Prüfungsordnungen, zur Umsetzung des HRG in die Ländergesetze und zur politischen Repression.

Das StuPa hält einen inhaltlichen und organisatorischen Ausbau der Landesastenkongressen für notwendig. Eine Schwerpunktsetzung der einzelnen hessischen Hochschulen zu verschiedenen Themenbereichen, eine engere Kooperation und Koordination als bisher und ein besserer und umfassenderer Informationsaustausch sollen dies gewährleisten. Der AstA wird diese Vorschläge auf der nächsten LAK vertreten.

Von der LAK soll außerdem die Möglichkeit eines überregionalen Streikkomitees, zusammengesetzt aus LAK-Sprechern, geprüft werden. .

Der AstA wird den hessischen Hochschulen den Aufbau von Streikkomitees aus den Fachbereichen empfehlen.

Der AstA der TH wird sich unverzüglich für die ^(sofortige) Einberufung einer neuen a.o. VDS-MV einsetzen; die VDS haben die Aufgabe, bundeseinheitliche Kampfmaßnahmen der Studentenschaften zusammenzufassen und zu unterstützen.

ANTRAG DER JUSO - HSG

Das Stupa der Technischen Hochschule Darmsatdt fordert die sofortige Freilassung des polnischen Studentenführers Adam Michnik aus dem Gefängnis.

Adam Michnik wurde in Polen verhaftet, nachdem die polnischen Studenten in Demonstrationen und Kundgebungen ihren Protest gegen den mysteriösen Tode des Studenten und Mitglieds des "Komittees zur Verteidigung der Arbeiter ", Stanislaw Pyjas , ausgedrückt haben. Adam Michnik hat als Studentenführer und Sozialist die Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten durch die stalinistische Bürokratie in Polen angeprangert und ist dadurch zu einer Gefahr für die Bürokratie geworden.

Adam Michnik hat nichts gemein mit der reaktionären Demagogie von CDU/CSU, "Freiheit statt Sozialismus "

"Ich werde deshalb schreien, weil ich an die Zukunft des demokratischen Sozialismus glaube - an die Realität der Befreiungsbewegung der polnischen Arbeiterklasse, der polnischen Intelligenz und anderer gesellschaftlicher Schichten meines Landes.:"

(Spiegel, 23.5.77, Nr.22)

Gerade der Kampf gegen Berufsverbote und Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten in Westdeutschland macht es nötig, Stellung zu nehmen zur Verfolgung der Opposition in Osteuropa. Der Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten muß bedingungslos geführt werden und ist unteilbar.

Er ist ein Akt der Solidarität:

"Erhebt Eure Stimme zu unserem Schutz! Sie Wird, diese Stimme, weder Donquichotterie noch die Rechtfertigung einer Donquichotterie sein. Schöm mehrfach in der Vergangenheit hat diese Stimme Gefängnistore geöffnet und totalitäre Regime zum Nachgeben gezwungen.

Fürchtet euch nicht, eure Stimme würde womöglich der Sache der Entspannung schaden können. Keine Entspannung ist möglich, solange die Menschenrechte, die ihr Fundament bilden, nicht respektiert werden.

Ich habe noch frisch im Gedächtnis, was mir der deutsche Schriftsteller Heinrich Böll gesagt hat: "Ihr seid es, die für eine wirkliche Entspannung in Eurppa kämpft." (...) Adam Michnik

- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN OST UND WEST

Das Stupe fordert den AStA auf, diese Resolution der polnischen Botschaft i.d.BRD und der Presse zuzuleiten.